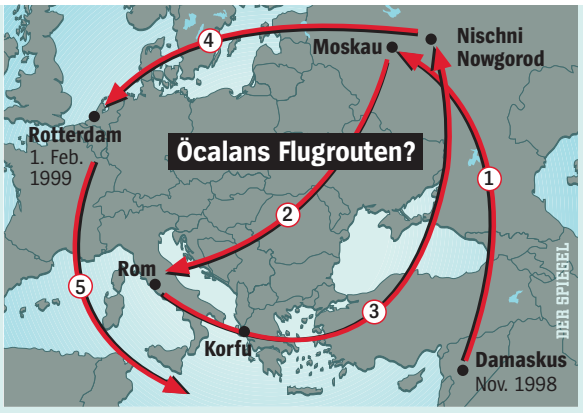
REUTERS

Öcalan



M. GULBIZ / AGENTUR FOCUS

Bilican

TÜRKEI

„Wir kriegen ihn“

Necati Bilican ist Chef der türkischen Generaldirektion für Sicherheit und damit der oberste Polizist des Landes.

SPIEGEL: Seit seiner Flucht aus Rom kreist Abdullah Öcalan durch den europäischen Luftraum. Haben die Türkei und ihr mächtiger Geheimdienst noch Einfluß auf das Schicksal des PKK-Chefs?
Bilican: Wir kennen seine Bewegungen genau. Öcalan hat sich nach seiner Flucht aus Italien über die griechische Insel Korfu ins russische Nischni Nowgorod abgesetzt, danach versuchte er vergebens, in den Niederlanden unterzukommen. Zur Zeit hält er sich offenbar wieder in Rußland auf. Wir sind ihm auf der Spur, wir werden ihn kriegen.

SPIEGEL: Presseberichten zufolge kam Öcalan mit seiner Flucht aus Rom dem Zugriff einer Spezialeinheit zuvor. Seine Anwältin behauptet, die Türkei plane weiterhin einen Anschlag auf Öcalan.
Bilican: Das kann ich weder bestätigen noch dementieren. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern hat die Türkei im Fall Öcalan bislang bewiesen, daß sie ein Rechtsstaat ist.
SPIEGEL: Was wissen Sie über das Flugzeug, mit dem er unterwegs ist?
Bilican: In der Regel benutzt er gemietete Privatflugzeuge, die mit Drogengeldern bezahlt werden. Wir haben Hinweise, daß er vorübergehend auch mit einer Maschine des Internationalen Roten Kreuzes unterwegs war.

SPIEGEL: Welche Schlupfwinkel bleiben dem PKK-Chef?
Bilican: Für Öcalan kommen nur Länder in Frage, in denen er mit seiner Organisation in Kontakt bleiben kann – also vor allem Europa. Das macht es für die Türkei relativ einfach: Keines dieser Länder wird ihn auf Dauer aufnehmen, keines will wegen eines Terroristen seine Beziehungen zu Ankara aufs Spiel setzen.
SPIEGEL: Aber keines der Länder machte Anstalten, ihn auszuliefern.
Bilican: Von einem Staat wie Griechenland können wir bei der Terrorismusbekämpfung nichts erwarten; dort bestehen seit Jahren PKK-Lager. In Rußland und Italien haben wir das Problem, daß fanatische Gruppen Öcalan politisch instrumentalisieren. Doch sie sollen sich nicht täuschen: Die Türkei hat Mittel, ihre Sicherheitsinteressen durchzusetzen. Syrien haben wir mit einer Kriegsdrohung zum Einlenken gebracht. Aber das ist nur eine Möglichkeit.

RUSSLAND

Plätze frei im Knast

Über eine Million Menschen sitzen gegenwärtig im Gefängnis, beinahe jeder 150. Bewohner der Russischen Föderation, viel mehr als sonstwo in Europa oder den USA. Per Amnestie will Premier Jewgenij Primakow Platz schaffen: 94 000 „sozial ungefährliche Personen“ sollen entlassen werden, damit Zellen frei werden „für jene, die wir jetzt hinter Gitter bringen werden, in erster Linie Wirtschaftsverbrecher“. Die Warnung löst böse Erinnerungen aus: Auch Anfang 1937 waren die Gulag-Baracken vorsorglich auf die Massenankunft Stalinscher Repressionsopfer vorbereitet worden. Finanz- und Medien-Tycoon Boris Beresowski artikulierte die Angst seiner Klasse: „Das ist ein Rückfall in die Sowjetzeit, wo nach dem Prinzip verfahren wurde: Wenn nur der Mensch feststeht, ein Paragraph findet sich schon.“ Beresowski könnte leicht eines der ersten Säuberungsopfer unter den neuen Russen werden: Dem TV-Kanal ORT, dessen nichtstaatliche Anteile er verwaltet, droht ein Konkursverfahren. Und seine Ölfirma Sibneft wurde vergangene Woche ebenso von Staatsanwaltschaft und

P. KASSIN

Strafgefangene in Gwardejsk

Sonderpolizei durchsucht wie eine private Detektei, die angeblich in Beresowskis Auftrag die Jelzin-Familie abgehört, gar heimlich gefilmt haben soll.